

Wir belagern eine Woche lang die Zentrale der NPD "Bürgerinitiative" Ausländerstopp in Bochum Wattenscheid, Günnigfelderstr. 101

Wir haben am Sonntag, 23. September, um fünf vor zwölf begonnen und bleiben Tag und Nacht bis zum Freitag
24.9. um 24 Uhr. Jawohl, Tag und Nacht und ununterbrochen mit der Mahnung der Opfer und der Forderung:

Keine Freiheit für die Volkverhetzer!

KEINE
FREIHEIT
FÜR DIE
VOLKS-
VERHETZER

KEINE
FREIHEIT
FÜR DIE
VOLKS-
VERHETZER

KEINE
FREIHEIT
FÜR DIE
VOLKS-
VERHETZER

KEINE
FREIHEIT
FÜR DIE
VOLKS-
VERHETZER

KEINE
FREIHEIT
FÜR DIE
VOLKS-
VERHETZER

Wir fordern jeden Demokraten auf: Beteilige Dich, eine Stunde oder zwei oder einen ganzen Tag... Zeige so, wie ernst es Dir damit ist, Dir den Fremden nicht als Feind aufschwätzen zu lassen. Es geht um die eigene Haut!

EIN VORLÄUFIGER BERICHT

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort (und Vorsatz)	1
Aufruf	2
Wie ist die Belagerung verlaufen?	3
Aus unserer Belagerung lernen	6
Echo der Belagerung.....	8
Nachwort.....	20

Diese Broschüre soll nur einen ersten Eindruck vermitteln.

Wir können für Eure Treffen, Seminare, Veranstaltungen ... folgendes Dokumentationsmaterial ausleihen:

- eine DIA-Serie
- ein VIDEO-Film
- eine Foto-Ausstellung

Natürlich liegt uns daran, daß Ihr uns selbst auch dazu einladet, um über diese Aktion zu berichten.

Impressum:

Herausgeber: Franz Widmann
Blumenstr. 35
4630 Bochum

Wir brauchen Knete, Moos, Kohle, \$, DM

Spendenkonto: Sparkasse Bochum BLZ 430 500 01 Kto.-Nr: 133 121 905 'Lokaltermin'

FRESSEERKLÄRUNG AM 16.12.1982

DIE WATTENSCHIEDER "BELAGERER" BEIM INNENMINISTER SCHNOOR

Am 16.12.82 fand im Landtag in Düsseldorf, vermittelt durch MdL Helmut Hellwig (Herne-Eickel) ein Gespräch einer Delegation der "Belagerer" der NPD-"Bürgerinitiative Ausländerstopp" mit Innenminister Schnoor statt. (Zur Erinnerung: Die Belagerung der NPD-"Bürgerinitiative Ausländerstopp" fand vom 19.-24. September in Bochum-Wattenscheid vorwiegend auf Betreiben von Gewerkschaftern statt) Unsere Aktion fand seitdem insbesondere in Gewerkschaftskreisen starken Widerhall. Die Vertreterversammlung der IG-Metall Bochum wie der DGB-KJA-Vorsitzenden von NRW stellten sich beispielsweise hinter unsere Losung: Keine Freiheit für die Volksverhetzer.

Innenminister Schnoor sprach davon, daß mit einem NPD-Verbot alleine nichts bewirkt werde. Wir betonten, daß unsere Aktion den Boden bereitet hat für ein Verbot des e.V. "Bürgerinitiative Ausländerstopp" nach § 3 des Vereinsgesetzes, da sich dieser Verein "gegen den Gedanken der Völkerverständigung" richtet.

Zugesagt wurde uns eine Prüfung, wie weit ein Vorgehen gegen "Informationsstände" der "Bürgerinitiative Ausländerstopp" möglich ist, ferner wie weit ein Vorgehen gegen Läden und Diskotheken (wie der Konditorei Overbeck in Essen) möglich ist, weil in ihnen durch Aushang Ausländer abgewiesen werden.

Innenminister Schnoor sah die Aktivitäten der "BI" in engem Zusammenhang mit der abgewiesenen "Volksbefragung". Er sagte zu, ein Verbot der "BI" nach dem Vereinsgesetz einer Prüfung zu unterziehen nach einer gerichtlichen Entscheidung über die "Volksbefragung" (zur Einrichtung muttersprachlicher Schulklassen).

Unsere Delegation verwies nachdrücklich darauf; angesichts der wirtschaftlichen Lage, angesichts der leeren öffentlichen Kassen erscheint es umso zwingender, solchen Kräften scharf entgegenzutreten., die so offen dem Gedanken der Völkerverständigung zuwiderhandeln und stattdessen ausländische Kollegen zum Sündenbock der Arbeitslosigkeit stempeln wollen.

"Keine Freiheit für die Volksverhetzer" ändert gewiß nichts an der Arbeitslosigkeit, wohl aber etwas daran, ob in unserem Land alte und neue Nazis darauf ihr Süppchen kochen können, oder nicht.

Vorwort

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freunde!

Eine Woche lang, von Sonntag um fünf Minuten vor Zwölf bis zum darauffolgenden Freitag um Mitternacht, haben wir im September 1982 die Zentrale der "BÜRGERINITIATIVE" AUSLÄNDERSTOPP belagert. Tag und Nacht hielten wir uns vor dem Gebäude Günnigfeldstraße 101 a in Bochum-Wattenscheid auf, das zugleich die LANDESZENTRALE der NPD beherbergt. Unter der Parole "KEINE FREIHEIT FÜR DIE VOLKSVERHETZER" haben wir es geschafft, eine deutliche Grenze zu diesem Zentrum der Volksverhetzung zu ziehen.

ES GEHT UM DIE EIGENE HAUT!

Es geht darum, daß wir uns den Fremden nicht als Feind aufschwätzen lassen. Es gibt nicht zuviele Arbeiter und Wohnungssuchende, sondern zuwenig Arbeitsplätze und Wohnungen. Darum ist es unser eigenes Interesse, der Hetze gegen Ausländer entgegentreten.

WIR HABEN LOKALTERMIN GEHALTEN

Vom 19. bis zum 24. September haben wir LOKALTERMIN bei den Volksverhetzern gehalten. Unterstützt haben uns die Nachbarn aus Günnigfeld, die Kinder vor allem. Deutsche und ausländische Kinder besuchten und halfen uns - gemeinsam. Ausländische Kollegen hielten in der Nacht mit uns aus. Politiker aus der Stadt besuchten uns, stellten sich der Diskussion, begrüßten die Aktion. Die Oberbürgermeister des Reviers und der Innenminister schickten Grußadressen. Jugendgruppen und Schulklassen kamen, um vor Ort Anschauungsunterricht in der Frage der Ausländerfeindlichkeit zu erhalten und zu sehen, was jeder Demokrat praktisch dagegen tun kann. Kollegen aus Betrieben beteiligten sich wie die Wittener DGB-Jugendgruppe oder die IG-Metalljugend von Krupp. Betriebsräte und Vertrauensleute z.B. von Opel in Bochum oder der Firma Garbe und Lahmeyer in Aachen stellten sich hinter die Belagerung. Zeitungen aus dem gesamten Bundesgebiet haben über die Aktion ebenso berichtet, wie der Westdeutsche Rundfunk, der Hessische Rundfunk, Radio Bremen, der Deutschlandfunk oder der Südwestfunk. "Eine fürsorgliche Belagerung" hat ein Rundfunkkommentator unsere Belagerung der Volksverhetzer genannt, von einer "Bürgeraktion gegen rassistische Hetze" sprach die Wochenzeitschrift des DGB, die "Welt der Arbeit".

WIE GEHT ES WEITER ?

Das wurden die Belagerer während der Aktion immer wieder gefragt, darüber wurde untereinander gesprochen und darüber wird weiter zu beraten sein. Zunächst einmal geben wir diese erste Übersicht über den Verlauf der Woche. Eine umfassende Dokumentation, eine Diaserie und Videofilme werden folgen. Die Teilnehmer werden unser Anliegen in ihren Bereichen, in Jugendgruppen, auf Gewerkschaftstreffen, bei Initiativen, Parteien und Politikern weiterverfolgen. Eins ist klar: Je mehr wir sind, desto einfacher wird es sein.

KEINE FREIHEIT FÜR DIE VOLKSVERHETZER !

Die Belagerer



Aufruf zur Aktion gegen die NPD-Bürgerinitiative "Ausländerstopp"

Am 24. Juni 1982 erschießt Helmut Oxner in Nürnberg drei Menschen. Drei weitere schießt er nieder. Weil sie "Ausländer" sind. Kann sich das im Ruhrgebiet wiederholen?

Die Wattenscheider NPD-Bürgerinitiative "Ausländerstopp" ist eine Schaltzentrale rassistischer Hetze. Ihre Tätigkeit ist bundesweit. Gegen diese Initiative erstattete im April 1980 der DGB-Vorsitzende von NRW Anzeige wegen Volksverhetzung. Das Verfahren wird nicht einmal eröffnet. Die Initiative feiert das als Sieg.

Sie hetzen weiter!

Ein "Einzeltäter" ist Oxner für die Ermittlungsbehörden. Ein "Einzeltäter" war für sie Köhler, der Bombenleger vom Münchner Oktoberfest 1980. Die Dortmunder Staatsanwaltschaft findet im Raum Bielefeld bei "mutmaßlichen Rechtsradikalen" an 29 Stellen 10 Waffen und 18.000 Schußmunition. Da es sich nicht um "Einzeltäter" handeln kann, handelt es sich um harmlose "Waffenlarren". Bis auf zwei sind sie schnellstens wieder auf freiem Fuß. Die Ermittlungsbehörden rätseln immer noch, woher Oxner die Aordwaffen hatte.

Die Bürgerinitiative "Ausländerstopp" versuchte ein "Volksbegehren zur Einrichtung muttersprachlicher Klassen". Bei Schülern sollte mit der rassistischen Reinhaltung begonnen werden. Das Land NRW ließ das Volksbegehren nicht zu. Ein Schritt in die richtige Richtung! Aber — in der Öffentlichkeit denkt man seitdem laut über reine Türkenklassen nach. Die NPD äußert ihre Zufriedenheit. Sie hetzt weiter.

Dagegen fehlt angeblich die gesetzliche Handhabe. Aber ein rasantes Ansteigen der rassistischen Gewalttaten wird registriert. 20 Tote und 242 Verletzte in den letzten zweieinhalb Jahren.

Was geschieht gegen die Volksverhetzer?

Man verschärft das Asylrecht. Die Bundesrepublik soll wohl kein Zufluchtsort mehr sein. Man debattiert unter dem Thema "Famienzusammenführung" darüber, wie man ausländische Familien am besten auseinanderreißen kann.

Gibt es tatsächlich keine Handhabe gegen die Volksverhetzer?

Man kann sich weiter über das Anwachsen der Ausländerfeindlichkeit wundern — und der wachsenden Arbeitslosigkeit und dem Wohnungsmangel mit "eisernem Sparen" begegnen. Gibt es zuviele Arbeiter und Wohnungssuchende oder gibt es zu wenig Arbeitsplätze und Wohnungen?

Man kann die deutsche Kultur von Kopftüchern bedroht sehen — und vor der Barbarei der Volksverhetzung die Zipfelmütze des Deutschen Michels tief in die Augen ziehen.

Man kann weiter latente zusehen, wie den Ausländern, den Türken in "Witzen" und Schmierereien mit dem Schicksal der Juden gedroht wird.

Oder endlich etwas gegen die Volksverhetzer unternehmen.

Mitten im Ruhrgebiet, in Wattenscheid, in der Günnigfelderstraße 101a, steht die Zentrale der NPD und ihrer Bürgerinitiative "Ausländerstopp". Was der Staat längst hätte beschlagnahmen müssen, das müssen, das werden wir eingrenzen und belagern. Eine Woche lang, jede Stunde wird Lokaltermin gehalten. Vom 19. bis zum 24. September 1982.

Zum Eingrenzen, zum Belagern auferufen ist jeder,

der Demokratie nicht für ein Wagnis hält,

der Demokratie wagt,

der von der Demokratie verlangt, daß sie Volksverhetzern keine Freiheit läßt.

Während dieser Woche werden Tag für Tag Politiker geladen, um vor Ort und gegenüber Menschen, die dem Rassismus entgegengetreten ihre Politik zu erläutern.

Am Ende dieser einen Woche wird ein Fest der Völkerfreundschaft sein. Voller Kultur gegen die Barbarei. An der Grenze mitten im Ruhrgebiet, die wir ziehen.

Eine ganze Woche lang — wer hat denn soviel Zeit?

Für die Volksverhetzer muß es eine Woche werden, und das kann nur der Anfang sein. Wieviel es für die Belagerer wird, das hängt auch von Dir ab. Schon mit einer Stunde bist **DU** dabei.

Keine Freiheit für die Volksverhetzer!

Es beteiligen sich bereits:

Keil Gabriele, Bochum, GEW-Mitglied; Bender Paul, Duisburg, IGM-Vertrauensmann; Thorbecke Johannes, Recklinghausen, ÖTV-Vertrauensmann; Thorbecke Regine, Recklinghausen, GEW-Mitglied; Urbanski Bruno, Duisburg, IGM-Vertrauensmann, Schelle Maria, Oberhausen; Widmann Franz, Bochum, IGM-Mitglied, Betriebsratsvorsitzender; Binert Peter, Mulheim, Schülersprecher, Hey Axel, Mülheim, DGB-Mitglied, KJA-Vorsitzender, Kaschel Karl-Heinz, Bochum, IG DruPa-Mitglied, Betriebsratsvorsitzender; Schuler Beate, Essen, ÖTV-Mitglied; Cakir Ali, Essen, Aydogan Cengiz, Duisburg; Werner Jochen, Duisburg, ÖTV-Vertrauensmann; Kerßenboom Almut, Duisburg, IGM-Mitglied, Betriebsrätin; Hack Annette, Bochum; Arnold Agnes, Bochum; Bulut Kamil, Bochum, IGM-Mitglied; Seiler Marianne, Recklinghausen, ÖTV-Mitglied, Kehrle Micha, Recklinghausen; Herzele Wolfgang, Duisburg, IGM-Vertrauensmann; Karl Schilde Konrad, Bochum, IGM-Vertrauensmann, Diem Conny, Bochum, Schauspielerin, Beginnen Ortrud, Bochum, Schauspielerin; Ryba Elisabeth, Bochum, Burgkart Claus, Dortmund; Kröhan Maren, Bochum, ÖTV-Mitglied; Noyan Hannelore, Bochum, Stellvertretende Juso-UB Vorsitzende Bochum; Homey Ewald, Gelsenkirchen, IGBE-Mitglied; Held Traude, Wulfen, ÖTV-Mitglied, Personalrätin; My Yen Pham Thi, Duisburg; Herfurth Hubert, Gelsenkirchen, IGBE-Mitglied; Kuhn Lilia, Dortmund; Schleicher Ingrid M., Bochum, Uhr Ekkehard, Pfarrer, Hagen, Heß Heinz E., Bochum-Wattenscheid; Rietbrock Günther, Bochum; Rexforth Gisela, Bottrop, GEW-Mitglied, Coenen Stefan, Essen, IGM-Mitglied, Betriebsrat; Domnick Gudrun, Bottrop, GEW-Mitglied; Nötling Brigitte, Bottrop, GEW-Mitglied; Skrobek Volker, Bottrop, GEW-Mitglied; Völker Paul-Otto, Bottrop, GEW-Mitglied, Arning Maria, Dorsten, GEW-Mitglied; Peters Gregor, Essen, GEW-Mitglied; Zimmer Edeltraud, Mulheim, IGM-Mitglied, Ortsfrauenausschuß-Vorsitzende; Kramer Hartmut, Mülheim, Beamter u. Kabarettist; Schmelzer Agnes, Essen, ÖTV-Mitglied, Decker Gabriele, Essen, ÖTV-Mitglied, Feldmann Dettel, Duisburg, Arzt; Dirkes Hermann, Duisburg, IGM-Vertrauensmann; Türkoğlu Sevim, Duisburg, ÖTV-Mitglied; von Stockum Ingeborg, Duisburg, ÖTV-Vertrauensfrau; Winkler Norbert, Duisburg; Kraaz Helmut, Duisburg; Greive Ulla, Duisburg, ÖTV-Mitglied; Saraßer Ender, Duisburg, GEW-Mitglied; Braun Sonja, Recklinghausen, GEW-Mitglied; Niedworok Zita, Gladbeck, GEW-Mitglied; Parsow Brigitte, Essen, GEW-Mitglied, Schröder Muz, Gütersloh; Wiandt Silvia, Dortmund, Homey Andreas, Gelsenkirchen, IG-Chemie-Mitglied; Stratmann Robert, Gladbeck, GEW-Mitglied; Vermaten-Karoseit Christa, Essen, GEW-Mitglied; Karoseit Bernd, Essen, Mitglied d. Friedensinitiative Kettwig; Mac Gregor Wolfgang, Essen, IG DruPa-Vertrauensmann; Richter Jürgen, Wattenscheid, IG DruPa-Mitglied; Beckard Thomas, Mülheim, Jugendbildungsreferent, SJD-Die Falken; Leber Jürgen, Wattenscheid, IG DruPa-Mitglied; Krolage Linda, Bochum, IG DruPa-Mitglied, Betriebsrätin; Dartaro Michele, Essen, DGB-Mitglied, KJA-Vorsitzender; von Fonfara Christa, Bochum; Jochum Brigitte IGM-Vertrauensfrau Mülheim; Tuncay Eroglu Devrimci Yoi, Gelsenkirchen; Braun Heinz IGBE-Mitglied Recklinghausen; Drewa Axel Vorstand GEW Ruhr; Witten; Wolfgang Ulrich, Kreisvorsitzender d. VVN Gelsenkirchen; Trube Peter IGM-Mitglied, Essen; Trube Beate Hausfrau Gelsenkirchen; Thomé Hendrik Kreisverbandsvorsitzender d. SJD-Die Falken, Duisburg; Spellecken Hans-Gerd Juso UB Vorsitzender Duisburg, Stolper Ernst-Christoph, Stellvertr. Landesvors. d. Judos NRW Duisburg; Schmitz Hans-Dieter IGM Vertrauensmann Duisburg; Selmons Marianne Mülheim; Pielmeier Cornelia ÖTV-Mitglied Recklinghausen; Eickmann Werner, Vertrauensmann Dortmund; Panzer Wolfgang, IG-DruPa-Mitglied Dortmund; Landmann Heike, Dortmund; Wolters Peter IG-DruPa-Mitglied Dortmund; Reppel Hans, IGM-Mitglied, Betriebsrat, Bochum; Durgun Vahap, Betriebsrat Bochum, Hoheisel Bärbel, Fotosetzerin Dortmund

Wie ist die Belagerung verlaufen?

WER SIND DIE BELAGERER ?

Ein Kreis von Einzelpersonen aus verschiedenen politischen Richtungen und Organisationen, Arbeiter und Lehrer, Hausfrauen, Schauspieler und Studenten fand sich zu dieser Aktion zusammen. Die meisten von uns sind Gewerkschaftsmitglieder, Vertrauensleute, Betriebsräte aus verschiedenen Betrieben und allen Städten des Ruhrgebiets.

WIE HABEN WIR DIE AKTION VORBEREITET ?

Durch zahllose Einzelgespräche mit Jugendgruppen, in Gewerkschaften, mit Freunden und Bekannten, mit Initiativen gegen Ausländerfeindlichkeit. Wir haben unseren Aufruf und das dazugehörige Flugblatt verbreitet und dabei immer neue Unterstützer gewonnen. Politiker wurden angesprochen, Gewerkschafter interessiert und alle Oberbürgermeister des Reviers und die Landesregierung angeschrieben. Doch die beste "Werbung" für unsere Sache war in unseren Augen die Aktion selbst, die Tat. Das hat sich bewahrheitet.

Zusätzlich wurden Wissenschaftler, Sachverständige und Betroffene angesprochen, die im Rahmen der Aktion auf täglichen Veranstaltungen sprechen sollten.

WIE VERLIEF DIE BELAGERUNG ?

Am Sonntag, dem 19. September um 5 vor 12 begann die Belagerung. Wir zogen vor der NPD-Zentrale in Wattenscheid auf. Im Hintergrund ein riesiges Transparent mit der Aufschrift: KEINE FREIHEIT FÜR DIE VOLKSVERHETZER! Dieser Text stand auch auf zahlreichen kleineren Tafeln, dazu Bilder des Anschlages von Neonazis auf das Münchner Oktoberfest, des Anschlages auf ein Hamburger Ausländerwohnheim und der Morde des Neo-Nazis Oxner in Nürnberg. Weiterhin gab es verschiedene Ausstellungen und im Laufe der Woche wurde eine ganze Wand eines Lagerhauses zu einer Mauer gegen Ausländerfeindlichkeit und Neofaschismus.

Wir mußten verschiedene Auflagen der Bochumer Polizei hinnehmen. Die Kundgebung wurde nur auf dem gegenüberliegenden Bürgersteig gestattet, Lautsprecher waren zuerst verboten, wurden dann aber doch toleriert.

Schon zu Beginn versuchten die Neonazis zu provozieren. Sie verteilten ein Flugblatt, in dem sie zynisch begannen: "Wir halten die Idee für ausgezeichnet, denn der Ausländerfeindlichkeit muß endlich einmal zuleibe gerückt werden." Weiter unten ließen sie dann die Katze aus dem Sack: "Bonn fordert Integration - doch das ist Ausländerfeindlichkeit!" Noch schlimmer: "Völkermord". Also raus mit den Ausländern, damit es keine Schwierigkeiten mehr gibt. Und wenn die Ausländer bleiben: sie waren ja gewarnt vor dem braunen "Volkszorn". Wären die Opfer von Oxner nicht in Nürnberg gewesen, hätte er sie nicht erschossen

Außerdem ertönten rechte Kampflieder von den "schwarzen Fahnen über Deutschland" aus den Fenstern des braunen Hauses, ohne daß die Polizei eingeschritten wäre.

WIE VERLIEFEN DIE NÄCHTE ?

Mit ungutem Gefühl waren viele in die Nacht gegangen. Wie würden sich die Neonazis verhalten? Kurze Antwort: Zu ernsthaften Zwischenfällen ist es nicht gekommen. Die NPD hatte sich während der ganzen Woche in ihrem Gebäude versammelt, die Einfahrt zum Hinterhof war teilweise mit Eisenträgern verbarrikadiert. Mit scharfen Hunden und Walkie-Talkies patrouillierte man anfangs vor den Belagerern. Aber unserer ständig zunehmenden Einheit hatten die Volksverhetzer nichts mehr entgegenzusetzen.



DIE KINDER GINGEN VORAN

Kinder gehörten Tag für Tag zu den Besuchern. Sie brachten ihre ausländischen Freunde mit und zeigten so, was sie von den Apartheidsideen der Herrschaften im braunen Haus hielten. Sie steckten immer voller Ideen und Streiche - NPD ist doof! So schrieben sie mit stibitztem Rasierschaum den Nazis an die Hauswand. Schulklassen kamen mit ihren Lehrern vorbei. Unterrichtsthema: Ausländer und ihre demokratischen Rechte in unserem Land.



UNTERSTÜTZUNG DURCH DIE NACHBARN

Die ganze Woche über haben wir durch die Nachbarn aus Günstigfeld tatkräftige Unterstützung bekommen, über die wir uns natürlich besonders gefreut haben: Kaffee, Wasser, Frühstücksbrötchen und viele andere Zeichen der Freundschaft mehr. Ständig kamen Leute vorbei und sprachen mit uns - diesseits der Grenze gegen die Volksverhetzung.

SCHWERPUNKTTHEMEN

Jeden Tag gab es Veranstaltungen zu einzelnen Schwerpunktthemen im Rahmen der Kundgebung.

Am Sonntag

wurde gegen die NPD und ihre "Bürgerinitiative" Anklage erhoben. Über ihre Hintergründe wurde berichtet. Es sprachen Zeugen der Terror-Nacht in Witten und des Brandanschlages auf die Pappschachtel in Gelsenkirchen. Eine Nürnberger Kollegin widerlegte die Behauptung, Oxner sei ein "Einzeltäter" gewesen mit vielen Tatsachen. Von den Prozessen gegen Roeders "Deutsche Aktionsgruppen" berichtete Jürgen Strohmeyer und wies besonders auf die materielle und immaterielle Unterstützung hin, die Roeder von öffentlichen Stellen und Kirchen erhalten hat. Barbara Friedrich, die dem rechtsradikalen Professor Schmidt-Kaler im Fernsehen eine Ohrfeige verpaßt hatte, rief zur Unduldsamkeit gegenüber den Vertretern neonazistischer Positionen auf.

Am Montag

ging es um die Frage, ob die deutsche Kultur durch Kopftücher bedroht ist. Der Bochumer Theologieprofessor Brakelmann erinnerte an die Ausbreitung des Nationalsozialismus in Bochum und legte dar, mit welchem Zynismus die Faschisten Übergriffe und Morde damals als Rettung der Kultur gerechtfertigt hatten. Der Gelsenkirchener Schriftsteller Richard Limpert trug engagierte Gedichte vor, darunter eins über die "Germacken", die wir wären, wenn zufällig die industrielle Revolution in der Türkei stattgefunden hätte. Die Stellungnahmen einer türkischen Frauengruppe und eines türkischen Religionswissenschaftlers machten deutlich, daß es die wachsende Ausländerfeindlichkeit ist, die Koranschulen und reaktionäre religiöse Vereine für ihre Landsleute attraktiver macht. Vertreter des internationalen Kinderhilfswerk "Terre des Hommes" feierten mit uns den Tag des ausländischen Kindes.

Am Dienstag

stand der Alltag der arbeitenden "Gäste" im Mittelpunkt der Veranstaltung. Der kurdische Schriftsteller Dursun Acgan las aus seinem Buch über das Leben in Deutschland. Kollegen berichteten von dem, was sie tagtäglich in Betrieben und auf Behörden erleben, was es für sie bedeutet, eine Wohnung zu suchen und was mit ihren Kindern passiert. Es wurde klar, was für ein Zynismus es ist, bei solchen Bedingungen von mangelnder "Integrationswilligkeit" oder gar "Integrationsfähigkeit" ausgerechnet der Türken zu sprechen.

Am Mittwoch

diskutierten wir mit dem Aachener Betriebsrat Jost und dem Essener Betriebsratsvorsitzenden und Mitglied des erweiterten Landesvorstandes der IG Druck und Papier Udo Hautmann sowie dem Vorsitzenden des Essener DGB-Kreisjugendausschusses über die Aufgaben der Gewerkschaften im Kampf gegen die Volksverhetzung. Fazit: Beschlüsse gibt es genug - man muß sie auch in die Tat umsetzen. Und ein praktischer Vorschlag an die Kollegen von der IG Bausteine Erden: Kommt mal mit dem Bulldozer... An diesem Tag besuchte auch der Bochumer Oberbürgermeister Eikelbeck die Veranstaltung und sprach seine volle Solidarität für diese Aktion gegen die NPD-Zentrale aus.

WAZ-Bo ☆ 24.9.82

POLITSKEPSIS. Die Wege ins eingemeindete Wattenscheid sind gelegentlich verschlungen. Nach drei Fehlversuchen, die Gunningfelder Straße aufzuspüren, bot ein Postbote Orientierungshilfe. Wenn nicht die Post, wer soll sonst durch Wattenscheid finden? Bei der genannten Adresse ging der Beamte jedoch spontan auf Distanz. Er rückte gar richtig ab, als nach der NPD-Landeszentrale gefragt wurde. Betretene Skepsis. Erst, als der Frager bekundete, er suche die Protest-Initiative gegen Ausländerhaß, kam der Postmann wieder auf Tuchfühlung und beschrieb befreit den direkten Weg. Weniger Probleme hatten offenkundig OB Eikelbeck, der am Mittwoch bei seiner Visite sein Mißfallen über die NPD-Ansässigkeit äußerte.

Ausgerechnet diesen Abend suchten sich die Neonazis für eine Provokation gegen die Gewerkschafter aus. Ihre Hetzplakate waren aber schnell wieder abgerissen. Durch eine Polizeikette mutig geworden grölten und krakeelten sie herum. Sie hatten nichts zu sagen.

Am Donnerstag

stellten sich Bochumer Stadträte der SPD und der FDP der Diskussion über die Frage, was was Politiker gegen die Volksverhetzer tun können und müssen. Landesinnenminister Schnoor war nicht erschienen und hatte auch keinen Vertreter geschickt, obgleich er die Aktion in einem Schreiben begrüßte. Es entstand eine lebhafte und kontroverse Diskussion um die Frage der rechtlichen Handhaben gegen die NPD und die Volksverhetzung.



Am Freitag

gab es als Höhepunkt der Belagerung ein Fest gegen Völkerhaß. Mehrere hundert Menschen aller Nationalitäten machten die Kruppstraße zu einer Straße der Völkerfreundschaft. Sie zeigten den Volksverhetzern, die sich in ihrer Zentrale verbarrikadiert hatten, wie viele wir sind und wie überflüssig sie.

Schauspieler der Ruhrfestspiele und Laientheater, türkische und kurdische Musikgruppen, der Sänger Werner Worschech, die bekannte kurdische Schauspielerin Melike Demirag und die Chilenen Nena und Gustavo gestalteten den kulturellen Teil des Festes.

Wir haben uns versprochen, einzeln und gemeinsam den Kampf gegen Rassismus und Volksverhetzung weiterzuführen.



Aus unserer Aktion lernen

Unsere kleine Dokumentenmappe wird verständlicher und vollständiger, wenn wir zeigen können, wie wir selbst unsere Aktion betrachten, wie lebendig und deutlich für uns die Frage des Weitergehens schon eine Woche nach dem Ende der Belagerung gestellt ist, und was jeder in unserem Sinne weiter tun kann. Wir nehmen deshalb an dieser Stelle unser Grußwort an die internationale Veranstaltung "Aus Fremden Nachbarn machen" am 2.10.82 hier auf.

Unser Grußwort:

Liebe Freunde!

Ihr wißt, ich spreche für die Belagerer der Zentrale der "Bürgerinitiative" Ausländerstopp in Wattenscheid. Ihr wißt auch, daß es in erster Linie Gewerkschafter waren, die dazu aufgerufen haben. Wer nämlich tagtäglich mit den Argumenten der Kollegen, mit ihrer Angst um Existenz und Arbeitsplätze zu tun hat, der weiß, daß die Gesamtheit dieser Arbeitskollegen, also die Arbeiterbewegung, mindestens eine, wenn nicht die entscheidende Kraft ist, die aus Angst und Not herausführt und deshalb stärker werden muß, statt schwächer. Wer an der Arbeitergeneration anknüpfen will, die gerade das Ruhrgebiet aus größter Not und Verzweiflung nach dem 2. Weltkrieg mit ihrer Hände Arbeit herausgerissen hat, dem brennt es unter den Nägeln, über bloße Appelle gegen Ausländerfeindlichkeit hinauszugehen: WIR MÜSSEN ETWAS TUN !

Es war dann kein großer Schritt mehr, die Volksverhetzer ins Visier zu nehmen. Es war manchmal langwierig, hat viel Kraft und Zeit und Geld gekostet. Doch das war spätestens dann vergessen, als die Kinder aus Wattenscheid-Günnigfeld auf den Plan traten, ihre ausländischen Schulkameraden von zu Hause abholten und im Spiel die Belagerer verstärkten, wie es keiner sonst hätte tun können. Am Sonntag noch hatten wir uns gesagt: Unsere Woche könnte auch eine Durststrecke werden, die wir einfach durchstehen müssen, wenn wir die große Einheit wollen und darauf vertrauen.

Am Montag abend ging dann die Losung durch unser Lager "DIE KINDER GEHEN VORAN". Da war das Eis gebrochen, da begann die zweite Seite unserer Aktion immer stärker zu werden.

Die erste Seite war (und ist): Gegen die Volksverhetzer, gegen ihre Symbole, gegen ihre Schriften und Sprüche. Sie sind keine Nachbarn, sie haben nichts zu suchen in unserem Land, das den Frieden liebt. Das den Frieden nach seiner Geschichte lieben muß, wie kein zweites.

Die zweite Seite war und ist: Wer sind wir denn? Mit jeder Grußbotschaft, mit jedem Besuch, mit jedem Essenspaket, das uns die Günnigfelder und hier zuerst die Arbeiterfamilien zusteckten, wuchs dieses WIR. Und Ihr, die Ihr zu dieser Veranstaltung zusammengekommen seid, zählt ja auch zu diesem WIR. Unsere Schlußveranstaltung ist ein kämpferisches Fest der Völkerfreundschaft geworden. Aus Fremden Nachbarn machen? Jawohl, aber wie geschieht das zuerst? Indem der deutsche und der türkische Arbeiter den Volksverhetzern ihre lächerliche Lüge von der Überfremdung deshalb Arm in Arm auf der Straße tanzend in den Hals zurückschieben, weil zum WIR der Nachbarn eines unverzichtbar gehört:

VORWÄRTS GEGEN DIE VOLKSVERHETZER, VORWÄRTS UND NICHT VERGESSEN, DIE SOLIDARITÄT !

Ein scheinbarer Mißton soll hier nicht vergessen oder verschwiegen werden: Nachdem Oberbürgermeister Eikelbeck aus Bochum, dem nocheinmal ausdrücklich für sein Erscheinen bei den Belagerern gedankt werden soll, uns seiner Unterstützung versichert hatte, kamen am Tag darauf Bochumer Kommunalpolitiker von SPD und FDP. Die weitere Partei, die im Bochumer Rathaus vertreten ist, erschien nicht. Innenminister Schnoor, auf Landesebene der Adressat für unsere Forderungen nach einer Schließung der Zentrale der Verhetzer, erschien nicht, da für ihn wichtigere Termine vorgingen. Folglich ging ein gutes Stück von dem Zorn über die ungehinderte Tätigkeit der Neonazis, über die Aushöhlung

des Asylrechts und die Streichung aller Pläne zum kommunalen Wahlrecht für Ausländer auf die Köpfe der Kommunalpolitiker nieder. Mit Recht war vorher von einem auf dem Podium an 1933 erinnert worden.

Doch der Mißton war nur ein scheinbarer. Denn wer sich auf der Seite der Belagerer eingefunden hat, auf unserer Seite der Grenze, die wir durch die bundesrepublikanische Wirklichkeit gezogen haben, der hat zu den Belagerern gehört. Wenn wir in der Demokratie gemeinsam gegen Rechts stehen, dann vergeht jedem alten und neuen Nazi das Feixen über Streit in unseren Reihen. Wir können uns auch vor der NPD-Zentrale streiten, denn die Grenze ist schon gezogen. Auch ein heftiger Streit, getragen von der Parteilichkeit der "Stammelagerer", kann dazu nützen, die Grenzen klarer zu machen und den Nazis zu zeigen, daß ihnen das Wasser abgegraben werden wird.

Das ist nämlich der einfache Kern unserer Sache:

Ausgehend von der Frage, haben wir etwa zuviel Arbeiter in diesem Land oder haben wir zuwenig Arbeitsplätze, stießen wir auf den uralten Trick der Herrschenden: Teile und Herrsche.

Ausländerfeindlichkeit ist in diesem Kern nichtsanderes als Spaltung der Arbeiterbewegung. Wenn einerseits diese Saat auf den Boden der Angst um die eigene Existenz fällt und wenn andererseits - laßt mich das mit aller Deutlichkeit sagen - dageengehalten wird, die deutsche Wirtschaft brauche die Ausländer, dann wird die Spaltung nicht angetastet. Denn die deutsche Wirtschaft braucht weder vorrangig deutsche noch ausländische Arbeiter, sondern billige, die ohne Murren auf die Straße fliegen. Leider sind wir noch weit davon entfernt diese Spaltung zu überwinden. Uns Gewerkschaftern liegt aber nichts mehr am Herzen, als in jedem Arbeiter und Arbeitslosen zuerst den Arbeitsbruder zu sehen und nicht den Kostenfaktor. Wenn wir die Spaltung überwinden wollen, müssen wir zuerst eine Bedingung schaffen:

Eine scharfe Grenze ziehen zwischen uns und den Volksverhetzern, den alten und neuen Nazis, denn die betreiben mit ihren Hetzparolen nichts anderes als psychologische Kriegsvorbereitung. Und wir wollen diese angebliche Volksgemeinschaft für nationale Interessen keinesfalls.

Nur unter einer Bedingung, daß nämlich die Volksverhetzer aus dem Spiel sind, können wir z.B. dem arbeitslosen Jugendlichen mit handfesteren als bloß moralischen Argumenten gegenüberreten. Wenn er bei den Belagerern dabei war, dann hat er gesehen, wie man gemeinsam für gemeinsame Ziele kämpft, wie man sich gegenseitig hilft und sich gegenseitig nützt. Solidarität fängt da an, wo man erkennt, daß man sich gegenseitig nützen kann, und dann kommt die Moral.

Nützen wir uns gegenseitig! Fangen wir bei den Malochern im Revier damit an, daß die "Bürgerinitiative" Ausländerstopp verboten wird. Machen wir unser Bundesland in dieser Frage zuerst zu einem Hort der Demokratie.

Angesichts der politischen Großwetterlage ist das ein sinnvolles Unterfangen.

Was können wir tun?

Die Belagerer haben es nicht aufgegeben, diesen Standpunkt dem Innenminister und auch dem Ministerpräsidenten vorzutragen. Es gibt viele Möglichkeiten, die mit jedem bißchen Mehr an Druck realer werden. Aber nicht das Verbot ist die Hauptsache, sondern WIR, UNSERE HALTUNG. Wir haben es leichter, wenn wir gemeinsam einen kleinen Schritt gehen:

KEINE FREIHEIT FÜR DIE VOLKSVERHETZER !

Laßt mich zum Schluß das Motto Eurer Veranstaltung aufgreifen: "Aus Fremden Nachbarn machen". Laßt mich dieses Motto erweitern:

IN UNSERER NACHBARSCHAFT DARF KEIN PLATZ SEIN FÜR VOLKSVERHETZUNG !

Wo uns das gelingt, da wird immer lebendiger, was in den letzten Zeilen der deutschen Übersetzung eines berühmten Liedes der italienischen Arbeiterbewegung steht:

".... und tragen neue Hoffnung in die Welt hinein."

ECHO der BELAGERUNG

einige großadressen von politikern

Der Oberbürgermeister der Stadt Witten



STADT DUISBURG
OBERBÜRGERMEISTER

Stadt Witten-Büro OB., Postfach 2280, 5810 Witten

Stadt  Herne
Der Oberbürgermeister



stadt essen
DER OBERBÜRGERMEISTER
Persönlicher Referent
4300 Essen, den 15. September 1982

Stadt
Gelsenkirchen
Der Oberbürgermeister



Initiative
STADT HAGEN

Der Oberbürgermeister

STADT BOCHUM

DER OBERBÜRGERMEISTER

Herrn
Franz Widmann
Blumenstr. 35

4630 Bochum

20. September 1982

Sehr geehrter Herr Widmann!

Die NPD und die von dieser Partei ausgehenden Aktivitäten sind für mich gelinde gesagt schon seit langem ein Ärgernis. Ich begreife daher auch nicht, daß unser Staat dieser Gruppierung nicht schon längst einen Riegel vorgeschoben hat.

Ihre Initiative, mit demokratischen Mitteln gegen die Gefahr, die von der Parteizentrale in Bochum, Günnigfelder Straße, ausgeht, zu protestieren, begrüße ich.


Für die Einladung, an dieser Aktion am 23. September 1982 oder an einem anderen Tag teilzunehmen, danke ich Ihnen. Leider ist bei mir der 23. September anderweitig belegt. Ich werde aber bemüht sein, zu einem anderen Termin, den ich aber jetzt noch nicht voraussehen kann, zu kommen, um mich von der Resonanz Ihrer Veranstaltung bei den Bürgern zu überzeugen.

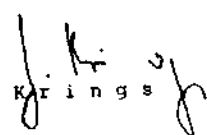
Mit freundlichen Grüßen



E i k e l b e c k

Stadt Mülheim a. d. Ruhr

DER OBERBÜRGERMEISTER

Mit freundlichen Grüßen

Urbanski


Krings

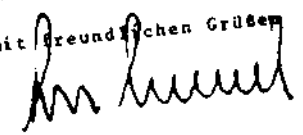
Mit freundlichen Grüßen

Kerker Kuhlmann

Mit freundlichen Grüßen


Lohmann
Oberbürgermeister


- Daub -

Mit freundlichen Grüßen



Mit freundlichen Grüßen


(Eleonore Gillenstern)

DER INNENMINISTER

des Landes Nordrhein-Westfalen
Der Personliche Referent

4000 DÜSSELDORF, den 16.9.1982 Sa.
Haroldstraße 5
Tel 8711 Durchwahl 871

Sehr geehrter Herr Widmann,

Herr Minister Dr. Schnoor hat mich beauftragt, Ihnen für Ihr Schreiben zu danken, mit dem Sie über Ihre begrüßenswerte Aktion gegen die Diskriminierung unserer ausländischen Mitbürger informieren.

Zu Recht gehen Sie davon aus, daß die Frage des friedlichen Zusammenlebens mit Ausländern eines der zentralen politischen Anliegen des Herrn Ministers ist.

Er wäre Ihrer Einladung zum Gespräch vor Ort deshalb auch gerne gefolgt, wenn nicht unaufschiebbare Verpflichtungen nicht nur am 23. September selbst, sondern bedauerlicherweise während der gesamten Aktionswoche dies unmöglich machen würden.

Der Versuch, durch Umgruppierung von bereits fest eingegangenen Verpflichtungen "Luft zu schaffen" war wegen der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit leider zum Scheitern verurteilt.

Ich bitte Sie hierfür um Verständnis.

Herr Minister Dr. Schnoor wünscht Ihnen eine erfolgreiche Arbeit, die letztlich als Beitrag zur Wahrung des sozialen Friedens in unserer Gesellschaft gesehen werden kann.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung

Hildegard Lisse
Witwefrau der SPD

Aachen, den 18.9.82
am Reichenhof 28

Liebe Freunde, Kolleginnen und Kollegen!

Heute ist mir Euer Flugblatt in die Hand gekommen, mit dem Ihr zur Aktion

keine Freiheit für die Volkverhetzer aufruft

Leider ist es mir nicht möglich, selber an der Belagerung des BND Miros teilzunehmen. Ich möchte jedoch nicht versäumen, Euch meine Solidarität und Beobachtung auszusprechen.

Mit sozialistischen Grüßen

Hildegard Lisse
Witwefrau der SPD

Aachen, den 23.9.1982

Betriebsrat in Fa.
Garbe Lahmeyer Aachen

Abschrift:

Bochum, d. 23.9.82

SOLIDARITÄTS - ERKLÄRUNG

IGMetall-Vertrauensleute, Betriebsräte und Jugendvertreter der Adam Opel A.G. Bochum unterstützen die Initiative gegen die Zentrale der NPD in Bochum Wattenscheid-Günnigfeld.

Als aktive Gewerkschafter verurteilen wir die NPD-"Bürgerinitiative" Ausländerstopp und erklären uns solidarisch mit der Forderung:

Keine Freiheit für die Volksverhetzer!
Wir wehren uns dagegen, daß für die jeweilige wirtschaftliche Misere unsere ausländischen Kollegen verantwortlich gemacht werden sollen.

Schon einmal wurde von Nationalsozialisten in wirtschaftlich schwierigen Zeiten eine bestimmte Gruppe - damals die Juden - als Schuldige abgestempelt u. damit die schlimmste Epoche der deutschen Geschichte eingeleitet. Deshalb sagen wir Gewerkschafter:

Wehret den Anfängen, stoppt die Volksverhetzer!

Unsere gemeinsame Forderung muß heißen:

Schließung der NPD-Zentrale in Günnigfeld,

Verbot der NPD!

Betriebsräte der IGM Vertrauensleute-Körper

gez. G. Perschke gez. M. Happe

An die Gewerkschaftsinitiative "Lokaltermin" Wattenscheid

Werte Kolleginnen und Kollegen!

Wir begrüßen und unterstützen Eure Initiative als einen mutigen und beispielhaften Schritt, der deutlich macht, daß durch entschlossenes und solidarisches Handeln der Gewerkschaften rassistischen Volksverhetzern und Neonazis Einhalt geboten werden kann, und die Forderung nach dem längst fälligen Verbot dieser Organisationen verwirklicht werden könnte.

Mit solidarischen Grüßen

Betriebsrat in Fa.
Garbe Lahmeyer Aachen

Der obigen Grußadresse schließt sich der Vertrauenskörper der IGM Metall in der Fa. Garbe Lahmeyer Aachen an und übersendet 100,- DM.

I.A.

Vertrauenskörpermittlung

ÖTV-Vertrauensleute
der Arbeiterwohlfahrt,
Kreisverband Duisburg e.V.,

An die Teilnehmer/innen
der Aktion gegen die NPD-Bürgerinitiative "Ausländerstopp"

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Mir begrüßen Eure Aktion gegen die NPD-Bürgerinitiative Ausländerstopp.

Gerade als Gewerkschafter müssen wir allen Versuchen entgegenzutreten, Deutsche und Ausländer gegeneinander aufzuhetzen. Durch diese Politik soll die Einheit der Arbeitnehmerschaft gespalten werden. Darum ist Ausländerfeindlichkeit auch Arbeiterfeindlichkeit.

Wir unterstützen Eure Aktion mit einer Spende von 50 DM.

A. Meyer
i.A. Meyer

Ausländer

Aktion gegen Parolen

Mittwoch, 27. Oktober 1982

WAZ
ESSEN

Einen ersten Erfolg gegen die wachsende Ausländerfeindlichkeit in Essen erreichten jetzt die Arbeiterwohlfahrt, die Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit, Stadt und türkischer Vereine und Organisationen. Die drei im Rat vertretenen Parteien, die Kirchen, Jugend-

verbände und Ausländergruppen wollen gemeinsam gegen die an Hauswände und Brücken geschnittenen Anti-Ausländerparolen vorgehen. Vorgesehen sind Stützpunkte in allen Ortsvereinen der Arbeiterwohlfahrt. Die freiwilligen Mitarbeiter werden in ihren Stadtteilen die

Schmierereien entfernen. Das Stadtreinigungsamt hat seine Unterstützung ebenfalls zugesichert. Die Beschäftigten der Müllabfuhr achten künftig auf ihren Touren auf ausländerfeindliche Parolen, die dann gemeldet und von der gemeinsamen Aktionsgruppe beseitigt werden.

DGB Deutscher
Gewerkschaftsbund
Kreis
Mülheim a. d. Ruhr
KREISFRÄUENAUSSCHUSS

Kreis Mülheim a. d. Ruhr
Friedrichstraße 24 4330 Mülheim a. d. Ruhr

Friedrichstraße 24
4330 Mülheim a. d. Ruhr
☎ 02 091 3 90 91

An die
Aktion gegen die
NPD-Bürgerinitiative
"Ausländerstopp"

Hier Zeichen

Hier Nachname vom

Unsere Zeichen

Datum
24. September 1982

Beruf

Auch uns macht die wachsende Ausländerfeindlichkeit in allen Bereichen unseres gesellschaftlichen Lebens, oder Sorge.

Wir dürfen nicht dulden, daß unsere ausländischen Kollegen und Kolleginnen zu Sündenböcken gemacht werden, um so von den eigentlichen Ursachen der gegenwärtigen Krise abzulenken. Zwischen abhängig Beschäftigten gibt es keinen Gegensatz!

Gerade Gewerkschafterinnen sind besonders aufgerufen, sich dagegen zu wehren, daß Ausländer verantwortlich gemacht werden für die wachsende Arbeitslosigkeit. Sie dürfen ebenso wenig wie wir Frauen als industrielle Reservearmee mißbraucht werden. Wir selbst haben schließlich sowohl in unserer Geschichte als auch in der Gegenwart damit traurige Erfahrungen gemacht. Gelernt haben wir daraus: Frauen und Männer, Deutsche und Ausländer - gemeinsam sind wir stark!

Kolleginnen, Kollegen, wir danken Euch für Eure mutige Aktion. Sie zeigt uns, daß einzelne Menschen nicht hilflos sind und daß es nicht immer eines großen organisatorischen Rahmens bedarf, um aktiv zu werden. So gesehen ist Eure Aktion auch ein Beitrag im Kampf gegen Gleichgültigkeit und Resignation.

Deutscher Gewerkschaftsbund
Kreis Mülheim a. d. Ruhr
Kreisfrauenausschuß

gez. E. Sommerfeld
KfA-Vorsitzende

Verantwortlich: Bärbel H. - Gewerkschaftsamt

Anfrage: 02 091 3 90 91

Bestürzung beim Türkischen Arbeiterverein

Brand im Büro

(cyr) Im polizeilichen Protokoll vom Donnerstag liest es sich fast wie ein Vorgang, den die Ordnungshüter und der Feuerwehr alltäglich gemeldet wird: Schwere Brandstiftung. Diesmal allerdings steckt wohl eine politische Aktion dahinter; denn der Adressat ist der türkische Arbeiterverein in der Bokermühlstraße. So ist neben der Staatsanwaltschaft Essen auch das Landeskriminalamt eingeschaltet. Aus dem 14. Kommissariat der Kriminalpolizei heißt es, daß politische Motive nicht auszuschließen sind.

Am frühen Donnerstagmorgen wurden die über dem Zentrum des Vereins an der Bokermühlstraße lebenden türkischen Familien (insgesamt wohnen hier 30 Personen) durch starke Rauchentwicklung geweckt. Erste Ermittlungen ergaben, daß sich der oder die Täter über die Hofseite nach Aufrollen einer Jalousie und Zertrümmern einer Scheibe Einlaß in die Büroräume im Erdgeschoß verschafft hatten. In einem der Räume legten sie dann offenbar mit Hilfe eines Stapels von Flugblättern in türkischer und deutscher Sprache (viele mit Hinweisen auf zurückliegende Veranstaltungen) ein Feuer, das sich über Fußboden und Holzvertäfe-



ERHEBLICHEN Schaden richtete ein Brand in dem Büro des Türk. Arbeitervereins an der Bokermühlstraße an. Die Brandstifter waren nach Zertrümmern der Scheibe in das Zentrum gelangt.

waz-Bild: Alfons Gesser

lung ausbreitete.

Die Aktion muß gezielt auf den türkischen Arbeiterverein gerichtet sein, denn entwendet worden ist nichts; obwohl ein Video-Recorder und Video-Bänder „griffbereit“ standen. Auch wird vermutet, daß das Feuer so angelegt war, daß keine unmittelbare Lebensgefahr für die Hausbewohner bestand.

Nachdem sich die Nachricht von der Brandstiftung wie ein Lauffeuer verbreitet hatte, fanden sich Vertreter des öffentlichen Lebens an der Bokermühlstraße ein, um ihre Soli-

dität und ihre Bestürzung gegenüber dem Vorsitzenden des Türk. Arbeitervereins, Hüseyin Sever, zu bekunden. So drückten u. a. DGB-Kreisvorsitzender Dörenmann, die Juso-Landesvorsitzende Heike Peters, Dr. Monika Springer von der Regionalen Arbeitsstelle zur Förderung ausländischer Kinder, und der ev. Pfarrer Walter für den Arbeitskreis für Ausländerfragen ihre tiefe Betroffenheit aus.

Nach den Vorkommnissen in letzter Zeit (Häufung anonymer Drohschreiben, Wandschmierereien im Wiehagen) vermutet

Hüseyin Sever nicht nur zunehmende Ausländerfeindlichkeit auch in Gelsenkirchen; er fürchtet - und das wurde von allen weitgehend bestätigt, daß sich neofaschistische Tendenzen ausbreiten.

In diesem Zusammenhang erklärte MdL Edelbrock aus Düsseldorf, daß die SPD mit allen Mitteln Verhältnissen, wie sie in den 30er Jahren herrschten, entgegenwirken werde. Der Vorstand des SPD-Unterbezirkes will das Problem als außerordentlichen Tagespunkt in der nächsten Sitzung angehen.

Allnächtliche Angriffe auf türkische Opel-Arbeiter

Der tägliche Horror beim Heimweg

11. 11. 82

Bochum (taz) - In der ersten Oktoberhälfte wurden türkische Opel-Arbeiter fast täglich auf dem Heimweg zu ihrem Wohnheim von einer Gruppe junger Männer beleidigt und tätlich angegriffen. Die Übergriffe ereigneten sich fast immer gegen 23 Uhr, wenn die türkischen Kollegen von der Mittagschicht heimkehrten.

Es begann am 1.10. noch relativ „harmlos“: 15-20 Jugendliche machten die Türen von Zigaretten an oder forderten Nichtraucher auf, Zigaretten anzuzünden und zu rauchen. Am 4.10. hatte sich ein Mädchen in scheinbar angeunkenem Zustand türkischen Kollegen in den Weg gestellt, dann kamen zwei Jugendliche aus der Dunkelheit hervor und schossen mit Gaspistolen. Dieser Vorfall wurde bei der Bochumer Polizei zur Anzeige gebracht.

Immer wieder tauchten am wohnheim Fahrzeuge - u.a. ein amerikanischer Wagen (DOT 63) - auf, aus denen heraus dann „Scheidtürken“ gerufen wurde. Am 12.10. schoß jemand aus einem Fahrzeug heraus mit einer Gaspistole. Nachdem einige türkische Kollegen tätlich angegriffen worden waren, kam es am 9.10. zu einer weiteren Anzeige. Zwei jugendliche Männer und zwei Frauen konnten von der Polizei namentlich ermittelt werden. Auf Anfrage erklärte die zuständige Polizeibehörde, daß es sich dabei um „Polizeibekannte Jugendliche“ handele, die allerdings bisher jegliche Beteiligung bestritten hatten. Eine Verbindung zu rechtsradikalen Gruppen sei bisher nicht festgestellt worden. Das seien offensichtlich Leute, denen es Spaß mache „Turken zu ärgern“.

Der bisher letzte Vorfall ereignete sich am 15.10. Ein Dortmunder Ford-Bus mit etwa 10-12 Insassen tauchte vor dem Wohnheim auf und verschwand kurze Zeit später, weil ein Streifenwagen vorfuhr. Seitdem die türkischen Kollegen nun nur noch in Gruppen heimgehen und die Polizei verstärkt „Streife“ fährt, scheinen sich die Provokateure zurückgezogen zu haben. Schon am 14.8.82 war ein Türke angegriffen und getreten worden. Es ist deshalb damit zu rechnen, daß sich die Angriffe wiederholen werden. Inzwischen beschäftigt sich auch der Opel-Betriebsrat mit den Vorfällen. Bei den türkischen Kollegen bleibt die Angst und Unsicherheit. Sie müssen täglich mit neuen Überfällen rechnen und sind in ihrer Bewegungsfreiheit stark eingeschränkt.

J.S.

AUFRUF ZUR DEMONSTRATION GEGEN AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT

Mitten im Ruhrgebiet, in Wattenscheid, Günnigfelderstraße 101a steht die Zentrale der NPD und ihrer "Bürgerinitiative" Ausländerstopp. Von dort aus konnte bislang ungehindert rassistische Hetze betrieben werden. Die staatlichen Stellen haben bislang kaum den Willen erkennen lassen, gegen diesen Rassismus und seine Auswirkungen entschieden vorzugehen. Deshalb hat sich jetzt eine Initiative gebildet, Privatleute aus unterschiedlichen politischen Richtungen, um selber aktiv gegen die Schaltzentrale dieser Volks Hetze in Wattenscheid vorzugehen. Am kommenden Sonntag, dem 19. September 1982, beginnt eine sechstägige ununterbrochene Belagerung der NPD-Zentrale. Während dieser Woche werden Tag für Tag Politiker geladen, um vor Ort und gegenüber Menschen, die dem Rassismus entgegentreten, ihre Politik zu erläutern. Am Ende der Woche wird ein Fest der Völkerfreundschaft sein. Voller Kultur gegen die Barbarei.

Der ASTA der Gesamthochschule Essen ruft auf zur aktiven Unterstützung dieser Demonstration gegen den Rassismus und für die Freundschaft unter den Völkern!

Jeder Einzelne kann sich durch Beteiligung an der Belagerung, eine Stunde, einen Tag oder eine Woche mit Menschen solidarisieren, die dem rasanten Ansteigen der rassistischen Gewalttaten, dem Anwachsen der Ausländerfeindlichkeit, den Türkenwitzen wie den Schmierereien, der Barbarei der Volksverhetzung entschieden entgegentreten.

Jeder Einzelne ist aufgerufen, aktiv und öffentlich für ein friedliches Zusammenleben der Völker einzutreten.

Jeder Einzelne ist Wichtig!

Auch Du kannst zum Gelingen dieser Demonstration beitragen, indem Du eine Stunde oder solange Du magst zu uns kommst !!

SOLIDARITÄTSBRIEF ZUR BELAGERUNG DER NPD - LANDESZENTRALE

Wir, die Betriebsjugendgruppe und die Jugendvertretung der Krupp Stahl AG, Werk Bochum, verurteilen es aufs schärfste, daß die NPD-Landeszentrale trotz massiven Drucks der Bevölkerung und der Anwohner ohne weiteres ihre makaberen Geschäfte und Veranstaltungen unbehelligt von Staat und Stadt durchführen kann.

Ferner verurteilen wir es aufs schärfste, daß die NPD mit ihrer Initiative "Ausländerstopp" an die Öffentlichkeit treten darf.

Daß die NPD (Splitterpartei der verbotenen NSDAP) keinerlei Denkvermögen besitzen kann, erkennt man unter anderem an der idiotischen Aussage: "In Deutschlands KZs ist kein jüdischer Gefangener gefoltert oder vergast worden."

Wir fordern sofortige Räumung der NPD Landeszentrale, Bochum-Wattenscheid, und Verbot sämtlicher faschistischer Parteien.

Mit kollegialem Gruß

gez. Betriebsjugendgruppe und Jugendvertretung

Krupp Stahl AG

Werk Bochum



**GEWERKSCHAFT
ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT
Stadtverband Gelsenkirchen**

KLAUS SIMON
Theodorstr. 10 - Tel. 83777
4650 Gelsenkirchen

Gelsenkirchen, den 24. September 1982

An die Belegter der NPD-Zentrale Bochum
An die Protestierenden gegen Neofaschismus und Ausländerfeindlichkeit

Der Vorstand des Stadtverbandes Gelsenkirchen der GEW erklärt sich solidarisch mit Euren aktiven und mutigen Widerstand gegen Neofaschismus und Ausländerfeindlichkeit.

Gewerkschaftlicher Kampf war und ist immer antifaschistischer Kampf. Die Tatsache, daß über 150 Lehrerinnen und Lehrer an Fortbildungsmaßnahmen des Stadtverbandes Gelsenkirchen der GEW zu den Themen "Faschismus" und "Friedenserziehung" teilnahmen, zeigt den Willen gewerkschaftlich organisierter Lehrerinnen und Lehrer, sich für antifaschistischen Unterricht zu qualifizieren.

Unser erzieherisches Bemühen gegen Ausländerfeindlichkeit und für die Völkerverständigung wird durch Eure Aktion tatkräftig und anschaulich unterstützt.

Mit solidarischen Grüßen

Klaus Simon

(Pressesprecher, für den Vorstand)

NGB-Jugendgruppe Witten

5810 Witten, 22.9.1982

Wir, die DGB-Jugendgruppe Witten unterstützen den Aufruf zur Belagerung der NPD-Zentrale in Wattenscheid, und wir erklären uns solidarisch mit allen verantwortlichen Deutschen, die einem von neuem wachsenden deutschen Nationalismus entgegenzutreten wollen.

Wir wünschen allen Teilnehmern einen guten Verlauf und hoffen auf einen baldigen Erfolg der Veranstaltung.

Herzliche Grüße

*Michael Reinwald
Ulrike Reinwald*

Thomas Schütte

Paul Rumbke

Uwe Kremermann

Stefan ...

Wolfgang ...

Jörg ...

Heinz-Jörg ...

Ulrich ...

Thomas ...

Matthias ...

*...
...*

**Industriegewerkschaft Metall
für die Bundesrepublik Deutschland
Bezirksleitung Münster in Westfalen**



IG Metall 1982

Bochum, den 4.10.1982

Kl. Handel-Druckerei Bochum, Markt 11, Münster-Westf. (Bochum) 908

Deutscher Gewerkschaftsbund
Bochum

IG Metall-Bochum
Gewerkschaftsamt
Friedrichstr. 7, 4300 Bochum
Postfach
Bochum 1
Telefon 10 10 12 13

mit der Bitte um Weiterleitung
an die Kolleginnen und Kollegen
der Aktion gegen die NPD
Solidaritätsadresse

Von: Bezirksleitung IG Metall Bochum an: Sch./He am: 29.9.1982

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und durch die Arbeitslosenzahlen von ca. 2 Millionen, fühlt sich die Reaktion berufen, Hetzparolen gegen Minderheiten zu verbreiten.

Steigende Ausländerhetze, wie z.B. "Deutsche Arbeitsplatzgeheimnisse den Deutschen", führen natürlich zu noch mehr Spannungen gegenüber unseren ausländischen Kolleginnen und Kollegen.

Wir sind mit Euch einer Meinung, daß gegen alle Kräfte vorzugehen ist, die Neo-Nazi-Parolen verbreiten.

Mit verurteilen alle Aktivisten der Neo-Nazis und ihrer Handlanger gegen jede Minderheit, insbesondere gegen unsere ausländischen Kolleginnen und Kollegen.

Wir stehen solidarisch hinter Eurer Aktion und hoffen mit Euch, daß die Bevölkerung wehgedreht wird und diesen "Nattenfangern" nicht auf den Leim geht.

Mit kollegialem Gruß
Der bezirkliche Ausschub der Vertrauenskörper
des Bezirk Münster

gez. Karl-Ernst Schmidt

Folgende Entschließung wurde von der 7. Vertreterversammlung der IG Metall Bochum am 4.10.82 verabschiedet:

Die Vertreterversammlung der IG Metall Bochum begrüßt die Polarisierung der NPD-"Bürgerinitiativen Ausländerstop" vom 19. bis 24. September 1982, und erklärt sich solidarisch mit der Forderung "Keine Freiheit für die Folterverbreiter". Wie soll die Ausländerfeindlichkeit in unserem Land wirksam bekämpft werden, wenn es neonazistischen Organisationen noch immer gestattet ist, legal und offen zum Völkermord zu hetzen!

Der 15. Ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall hat das Verbot aller rechtserwidrigen Organisationen sowie ein Verbot der NPD gefordert, und betont, daß demokratisches Handeln ständig neu geklärt und praktiziert werden muß. Dies ist eine - gerade in der Stadt, in der die NPD mit ihrer rasenstehenden "Bürgerinitiativen" ihre Zentrale hat - eine ernste Verpflichtung.

Die Vertreterversammlung der IG Metall Bochum fordert darüberhinaus den Innensenator des Landes Nordrhein Westfalen auf, die nordrhein-westfälische "Bürgerinitiativen Ausländerstop" zu verbieten. Wir fordern zugleich unsere Bezirksleitung sowie den Bundesvorstand der IG Metall auf, sich in diesem Sinne beim Innensenator des Landes Nordrhein Westfalen einzusetzen.

- Kopien an
- die Bezirksleitung der IG Metall
 - den IG Metall Bundesvorstand
 - den Innensenator des Landes NRW
 - den SPD Unterbezirk Bochum

einige weitere grußadressen



jungsozialisten unterbezirk bochum

4630 bochum 1 den 8. Sept. 1982
südring 8

Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit

In der letzten Zeit hat sich in der Diskussion zur Ausländerpolitik eine dramatische Wende von zumindest verbalen Integrationsansätzen hin zur "Eindämmung der Ausländerflut" vollzogen.

Die derzeitige Ausländerpolitik (auch der Bundesregierung) ist dadurch gekennzeichnet, daß

- die nicht für den Produktionsprozeß notwendigen Ausländer ausgegliedert werden: Die Familienzusammenführung wird durch administrative Maßnahmen erschwert. Es gibt sogar Überlegungen, den weiteren Zuzug von Familienangehörigen fast völlig auszuschließen.
- statt effektiver Schritte zur Integration von Ausländern zu unternehmen, durch "finanzielle Anreize" die Rückkehr in die Heimatländer gefördert werden soll.

Die in der Bevölkerung latent vorhandenen Vorurteile gegenüber Ausländern haben sich teilweise zu einer offenen Ausländerfeindlichkeit verstärkt.

Neofaschistische Kräfte benutzen die Stimmungslage der Bevölkerung zu offener Propaganda für ihre Ziele:

- Von der NPD ins Leben gerufene Initiativen bzw. Aktionen Ausländerstopp sowie Listenkandidaturen bei Wahlen verstärken die Aggressionen gegen Ausländer, indem sie für vorhandene Probleme, z.B. auf dem Arbeitsmarkt und im Schulwesen, die Ausländer verantwortlich machen.
- Den ideologischen Hintergrund für solche Aktivitäten liefern pseudowissenschaftliche Erklärungen wie das "Heidelberger Manifest", worin die "Unterwanderung des deutschen Volkes" und die "Überfremdung unserer Sprache, unserer Kultur und unseres Volkstums" beklagt wurde und zur "Erhaltung des deutschen Volkes und seiner geistigen Identität" aufgerufen wird.
- Im Zuge dieser Kampagne kam es bereits zu Terroranschlägen gegen Ausländerwohnheime und Geschäfte von Ausländern.

Wir Jungsozialisten dagegen treten für die Integration der ausländischen Arbeiter und ihrer Familien als gesellschaftliche Gruppe ein. Integration bedeutet nicht die Übernahme der herrschenden bürgerlichen Kultur der Bundesrepublik, sondern

- rechtliche und soziale Gleichstellung
- weitgehende politische Mitbestimmungsrechte,

- Herstellung von Chancengleichheit im Arbeitsleben (hier sind auch die Gewerkschaften gefordert!), in der Schule und im sozialen Umfeld.
- Unterschiedliche Wertvorstellungen und Tradition müssen sowohl akzeptiert als auch als Chance begriffen werden, gegenseitig voneinander zu lernen.

Wir Jungsozialisten begrüßen deshalb Eure Aktion vom 19.-24. 9. als einen Schritt gegen die wachsende Ausländerfeindlichkeit und wünschen Euch einen erfolgreichen Verlauf dieser Aktion.

Mit freundlichen Grüßen

Unterbezirksausschuß der Jungsozialisten Bochum
Unterbezirksvorstand der Jungsozialisten Bochum

Abschrift:

Brief des ehem. Bundesverfassungsrichters Martin Hirsch
an eine Verantwortliche der Aktion gegen die NPD-Bürgerini-
tiative "Ausländerstopp"

8.9.82

Liebe Frau

Vielen Dank für Ihren Brief vom 7.9. mit den Arbeitspapieren
und dem Aufruf für die Aktion gegen die NPD-Bürgerinitiative
"Ausländerstopp".

Ich begrüße Ihr Vorhaben sehr, wie auch die sicherlich beson-
ders wirksame Art, wie Sie den Protest gestalten wollen.

Es ist eine Schande, daß es in Deutschland noch oder schon
wieder Menschen gibt, die nichts aus der Vergangenheit gelernt
haben und wieder Mitmenschen verfolgen wollen, nur weil sie
anderer Nationalität sind, anders sprechen und manchmal auch
anders aussehen.

Alle Deutschen in dieser neuen Republik müssen auch insofern
den Anfängen wehren und dafür sorgen, daß Demagogie und Volks-
verhetzung verurteilt werden und nicht wieder siegen wie 1933.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr

gez. Martin Hirsch



GRIECHISCHE GEMEINDE KREIS AACHEN e.V.
ΕΛΛΗΝΙΚΗ ΚΟΙΝΟΤΗΤΑ ΑΑΧΕΝ & ΠΕΡΙΟΧΗΣ

51 AACHEN KARLSGRABEN 10 Telephone 0241 / 35838
 KONTO NR. 10059707 STADTSPARKASSE AACHEN BIC 3902000000

Aachen, den 15.11.1977

Εκ του Οργανισμού μας, για την 11.11.1977

Με την παρούσα επιστολή σας ενημερώνουμε ότι η Σύνοδος του Οργανισμού μας, που πραγματοποιήθηκε στις 11.11.1977, αποφάσισε να προχωρήσει στην ίδρυση ενός Κοινωνικού Κέντρου στην περιοχή της Βίλλας Βασιλικής.

Το Κέντρο θα λειτουργήσει ως χώρος συνάντησης και πολιτιστικών δραστηριοτήτων, καθώς και ως χώρος για την εκτέλεση των εργασιών που αφορούν στην κοινότητα.

Για την υλοποίηση του προγράμματος αυτού, θα απαιτηθούν οικονομικοί πόροι, οι οποίοι θα συλλεχθούν με τη βοήθεια των μελών της κοινότητας και των φίλων του Οργανισμού.

Ελπίζουμε να σας ενδιαφέρει η πρόταση αυτή και να είστε πρόθυμοι να συμβάλετε στην υλοποίησή της.



Η Γραμματεία του Οργανισμού

Κ. Βασιλική 10, 51001 Αachen

Georgios Georg

PROF. DR. IRING FETSCHER
 6100 Korbach, Korbacher Straße 10

IRING FETSCHER

Γραμμάτισε

Ημε από τον γερμανικό χώρο, οι οποίοι έχουν ήδη καταφέρει να πραγματοποιήσουν μια σημαντική οικονομική ανάπτυξη. Ημε από τον γερμανικό χώρο, οι οποίοι έχουν ήδη καταφέρει να πραγματοποιήσουν μια σημαντική οικονομική ανάπτυξη. Ημε από τον γερμανικό χώρο, οι οποίοι έχουν ήδη καταφέρει να πραγματοποιήσουν μια σημαντική οικονομική ανάπτυξη.

Ημε από τον γερμανικό χώρο, οι οποίοι έχουν ήδη καταφέρει να πραγματοποιήσουν μια σημαντική οικονομική ανάπτυξη. Ημε από τον γερμανικό χώρο, οι οποίοι έχουν ήδη καταφέρει να πραγματοποιήσουν μια σημαντική οικονομική ανάπτυξη.

IRING FETSCHER

11.11.1977

Akademie der Arbeit

6000 Frankfurt/a.M. 23.9.1982
Mertonstrasse 30

Solidarität mit den 100 Gewerkschaftlern, die die SPD - Zentrale und das Büro "Bürgerinitiative Ausländerstopp" in Wattenscheid besetzt halten.

Wir, die Herrr des AB. Lehrgangs an der Akademie der Arbeit in Frankfurt, solidarisieren uns mit eurer Aktion.

Für uns als Gewerkschafter ist es selbstverständlich, uns für unsere ausländischen Kolleginnen und Kollegen einzusetzen, die in wirtschaftlichen Krisen in der Öffentlichkeit als die Krisenverursacher verunglimpft und beschuldigt werden. Mit solchen Begründungen versteht es das Kapital und die Reaktion in unserem Staat von den wirklichen Krisenverursachern abzulenken.

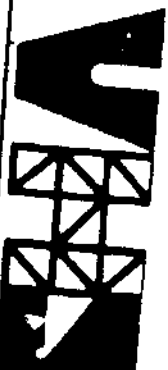
Es ist wirklich genug, eredet, wir fordern die politisch Verantwortlichen auf; endlich mit aller Konsequenz gegen diese faschistisch reaktionären Tendenzen in diesem Land vorzugehen.

Wir wollen kein 1933 mehr!

Mit solidarischen Grüßen

Die Hörschicht des AB. Lehrgangs
der Akademie der Arbeit

Volkshochschule der Stadt Hattingen



Koordinierungskreis für ausländische Mitglieder Hattingen -
Ausschub für Programmplanung und Öffentlichkeitsarbeit -

Hattingen, 21. September 1982

Die Teilnehmer der Sitzung vom 20. September 1982 grüßen alle, die sich an der Mahnwache beteiligten und danken für den Einsatz, gegen jede Diskriminierung ausländischer Mitglieder.

Klaus Sager
Klaus Sager
Geschäftsführer

Abschrift eines Telegramms:

DIE GLEICHEN KREISE DIE RUCHRUHEUNG UND SOZIALABBAU
KONKRETEN VERHÄRMLOSUNG ZUGLEICH DEN TERROR ALTER UND
NEUER NAZIS. MIT SPRENGSTOFFANSCHLÄGEN, RAUBSBEREITELLEN
UND MORDEN ZIEHEN DIESSE EINE BILDSPUR QUER DURCH WEST-
EUROPA UND DIE BUNDESREPUBLIK. UNBEHILFLICHE AUSLANDER-
STOPP UND DAS HEIDELBERGER MANIFEST IHR AUSLANDERFEIND-
LICHES UND RASSISTISCHES GIFT VERBREITEN. IN BUCHEREN
UND BROSCHEUREN, MIT FILMEN UND SCHALLPLATTEN WIRD DER
VERSUCH UNTERNOMMEN DEN FASCHISMUS ZU VERHÄRMLOSEN ODER
ZU VERHERRLICHEN IHN WIEDER ALS KRISENLEBESUNG HOFFENHICHT
ZU MACHEN. ES IST SACHE ALLER DEMOKRATEN UNSERES LANDES
NICHT ZUZULASSEN, DASS ERNEUT AUSLANDERFEINDLICHKEIT
UND FASSENHASS IN UNSEREM LAND UM SICH GREIFEN. WIR
SEHEN DARIN DIE BEWUDELUNG DES VERMÄCHTNISSSES DES
ANTIFASCHISTISCHEN WIDERSTANDES.

IM AUFTRAGE DES LANDESVORSTANDES DER VVN - BUND DER
ANTIFASCHISTEN NORDRHEIN-WESTFALEN UND DER KRISISVER-
EINIGUNG BOCHUM GEB. ERNEST HINZ

„Wir wollen nicht länger schweigen“

Gegen Ausländerhaß. Von Ariane Dettloff

Ausländerfeindlichkeit in der Bundesrepublik – das ist ein beherrschendes Thema geworden. Von Ausländerfreunden hört man dagegen wenig. Das wollten die 94 Erstunterzeichner des Aufrufs zur „Belagerung“ der NPD-Zentrale in Bochum-Wattenscheid, überwiegend Gewerkschafter, ändern.

Bochum Wattenscheid, Günigfelder Straße 101 a – eine unscheinbare graue Fassade, die Fenster des unteren Stockwerks vermauert; hier haust die NPD-Zentrale von Nordrhein-Westfalen. Von hier aus überschwemmt das Propagandamaterial der „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ verunsicherte Bundesbürger.

Eine Woche lang belagerten Gewerkschafter, Künstler und Christen diese „Zentrale der Ausländerfeindlichkeit“. Tag und Nacht hielten sie in wechselnder Besetzung ihre „Mahnwache“ vor dem Haus, das Bochum zweifelhafte Berühmtheit eintrug. Sie warnen vor einer Wiederholung der Geschichte, klagen die Morde an ausländischen Mitbürgern an: „Keine Freiheit für die Volksverhetzer.“ Informationen, Podiumsdiskussionen für Anwohner und Passanten, ein internationales Kulturprogramm örtlicher Initiativen.

Dem Einwand, so werde vielleicht der NPD und ihrer „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ nur willkommene Publizität gratis geliefert, begegnet Hans Gerd Spellecken, Juso-Unterbezirksvorsitzender aus Duisburg: „Die Neo-Nazis sind jahrelang ignoriert worden und wurden immer militanter – die Morde von Nürnberg haben es gezeigt. Wir wollen nun nicht län-

ger schweigen und stillhalten.“

Gellende Pfuirufe schallen Bochums Oberbürgermeister Eikelbeck (SPD) aus dem NPD-Lager entgegen, als er aufs Podium steigt, um die Aktion der „Belagerer“ zu begrüßen. Er bedauert, daß die Stadt keine Mittel habe, die NPD zu vertreiben. Denn „Wir leben in einem Rechtsstaat“ (NPD-Zwischenruf: „Hört, hört“), „Und ich habe die bestehenden Gesetze zu achten. Parlament und Verfassungsgericht müssen aktiv werden.“

Viele Belagerungsaktivisten fordern ein Verbot der NPD. Ulrich Wicking, Pressesprecher der Stadt: Die Justiz drücke sich mit formalistischen Gründen.

Hüseyin Kitel, 40, lebt seit 13 Jahren in der Bundesrepublik – ein Bochumer türkischer Nationalität. „Das da drüben sind Faschisten. Faschisten sagen: ‚Türken raus‘. Aber ich möchte mit meiner Familie hierbleiben.“

Deutsche Kultur von Kopftüchern bedroht?

Fragt man die NPDler, bestreiten sie, die ausländischen Mitbürger vertreiben zu wollen. „Wir sind für Zuzugsstopp, weiter nichts.“ In ihren Augen stehen die Volksverhetzer auf der anderen Straßenseite: „Die sind doch keine Deutschen, höchstens nach dem Paß.“ Die „wahren Schuldigen für Ausländerfeindlichkeit“ befinden sich laut ihrem zur Belagerungswoche verteilten Flugblatt in Bonn. Denn für die NPD ist Integration besonders ausländerfeindlich. Darum rufen sie die Bevölkerung auf: „Zeigen Sie den Herren in Bonn, SPD, FDP,

CDU/CSU die rote Karte. Lehnen Sie Integrationspolitik und Völkermord ab.“

Dazu paßt, was Bruno Peters, 50, Mitglied des Personalrats der Ruhr-Universität, beobachtet hat: „Die Grauen Wölfe gehen hier ein und aus.“ Er glaubt auch nicht, daß es der NPD nur um Zuzugsstopp geht: „Wer ihre Schriften liest, der weiß, daß sie alte Getto-Politik wie damals mit den Juden wollen.“

Ein 13jähriger will mehr: „Türken vergasen“, ruft er in die Menge. In diesem Moment stürmen Belagerer vor, reißen die NPD-Plakate mit der Aufschrift „Deutsche Arbeitsplätze für deutsche Arbeitnehmer“ von den Wänden. Es kommt zu einer Rangelei, Polizisten werfen sich dazwischen. Es bleibt ein kurzer Zwischenfall, Musikinstrumente setzen wieder ein. „Hoch die internationale Solidarität“ tönt es von drüben, „Hoch die nationale Solidarität“ antworten die Ewiggestrigen.

Schulklassen kommen vorbei, deutsche und ausländische Kinder. Von ihnen, die noch keine Schranken aufgebaut haben, sollten wir lernen, fordern die Initiatoren der Mahnwache. Sie sehen die deutsche Kultur nicht von Kopftüchern bedroht – eher schon umgekehrt.

Bürgeraktion gegen rassistische Hetze

Deutsche und Ausländer belagern NPD-Büro

Von Annelie Just-Lohse

Zustimmung und Solidarität für eine von deutschen und ausländischen Mitbürgern gestartete Aktion in Bochum-Wattenscheid: Eine Woche lang wurde die nordrhein-westfälische Zentrale der NPD, von der aus die „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ geleitet wird, Tag und Nacht belagert. Innenminister Schnoor begrüßte die Aktion ebenso wie die Oberbürgermeister vieler Revierstädte.

In der Dachrinne eines unansehnlichen Hauses in Bochum-Wattenscheid wachsen frische Triebe. Das junge Grün ist ein Symbol für die wachsenden Aktivitäten, die von hier gesteuert werden und auf vermehrten Zuspruch stoßen: Das Haus beherbergt die Landeszentrale der NPD in Nordrhein-Westfalen, von hier wird die „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ geleitet.

Unter dem Motto „Keine Freiheit für die Volksverhetzer“ haben sich Deutsche und Ausländer aus vielen Revierstädten, zumeist Gewerkschafter, zu einer ungewöhnlichen Aktion entschlossen. In der

vergangenen Woche belagerten sie rund um die Uhr das NPD-Haus, um auf die „Schaltzentrale rassistischer Hetze“ aufmerksam zu machen.

„Mein Freund ist Türke — Benim Arkadasin Türktür“ stand auf einem der Plakate, die auf dem gegenüberliegenden Bürgersteig der Zentrale die Kulisse für die Belagerung darstellten. Auf Informationstafeln hatten die Belagerer Dokumente alltäglicher Ausländerfeindlichkeit gesammelt.

Hauptschullehrerin und Mitinitiatorin Gabriele Keil freute sich besonders über das Interesse von

Schulklassen „die seit Beginn der Aktion täglich kamen“. Dies sei „Politikunterricht aus erster Hand“.

Unverständlich erscheint für Gabriele Keil das Verhalten der Polizei, die — ebenfalls Tag und Nacht — gewissermaßen als „Puffer“ zwischen Belagerten und NPD-Leuten steht. So hatte es die Polizei zur Auflage gemacht, keine Lautsprecheranlage zu benutzen. Erst eine einstweilige Verfügung bescheinigte den Demonstranten die Forderung der Polizei als „nicht haltbar“. Gegen die lautsprecherverstärkten Lieder, die die „schwarze Fahne“ verherrlichen und aus der NPD-Zentrale schallten, war die Polizei nicht vorgegangen.

Als verlangt wurde, die Personalien von NPD-Leuten festzustellen, die einen Spiegel-Fotografen bedroht hatten, reagierte ein Polizist mit „das geht mich einen Dreck an“.

Gewerkschafter belagern Büro der NPD-Zentrale

Bochum. (EB) Auf ungewöhnliche Weise protestieren seit Sonntag über 100 Gewerkschafter, Schauspieler und Lehrer aus dem Revier gegen die zunehmende Ausländer-Feindschaft. Unter der Losung „Keine Freiheit für die Volksverhetzer“ belagern sie rund um die Uhr die Zentrale der nordrhein-westfälischen NPD in Bochum-Wattenscheid, in der auch die „Bürgerinitiative Ausländer-Stopp“ ihr Büro unterhält.

Die Aktion wurde in Grußworten vom nordrhein-westfälischen Innenminister Schnoor und zahlreichen Oberbürgermeistern des Reviers nachhaltig begrüßt. In einem Schreiben an die Veranstalter wünschte Schnoor eine „erfolgreiche Arbeit, die letztlich als ein Beitrag zur Wahrung des sozialen Friedens in unserer Gesellschaft“ zu sehen sei. Der Bochumer Oberbürgermeister Eikelbeck will mit seinem persönlichen

Erscheinen seine Solidarität dokumentieren.

Die Veranstalter werfen der „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ Rassismus, Ausländerhaß und Volksverhetzung vor. Nach Angaben einer Sprecherin gehe es nicht nur darum, die Bevölkerung auf die beruflichen, schulischen und zwischenmenschlichen Schwierigkeiten der Ausländer in der Bundesrepublik hinzuweisen. In einem Brief an Innenminister Schnoor habe die Aktion daher auch gefordert, die NPD-Zentrale zu schließen und zu verbieten.

Mit Hausbesuchen in der Umgebung der Zentrale, mit Flugblattaktionen und Transparenten werben die Veranstalter bei den Bewohnern um Verständnis für ihre Aktion. „Die Unterstützung und Solidarität der Nachbarn ist sehr groß“, erklärte die Sprecherin. Die Belagerung endet am Freitag mit einem „Internationalen Freundschaftsfest gegen Völkerhaß“.

Nichtsdestoweniger fand die Wattenscheider Aktion nicht nur in der Nachbarschaft („das stinkt uns schon lange“) immer mehr Beachtung und Solidarität. Der Bochumer Oberbürgermeister Heinz Eikelbeck, dem die „NPD und die von dieser Partei ausgehenden Aktivitäten, gelinde gesagt, schon seit langem ein Ärgernis“ sind, erklärte sich am Mittwoch vor etwa 200 Demonstranten „sehr solidarisch“.

Noch „begnügten“ sich die Nationalsozialisten in Wattenscheid damit, die Belagerer ausgiebig zu filmen und wüste Beleidigungen von sich zu geben.

Im Gästebuch der Belagerer drückte ein Arbeiter sein Erschrecken darüber aus, daß viele seiner Kollegen der Aktion fernblieben: „Entweder aus Angst vor den Nazis — oder vor der Polizei“.

Ungewöhnlicher Protest gegen Haß auf Fremde

Gewerkschafter belagern Büro der „Initiative Ausländerstopp“ in Wattenscheid

Von unserem Korrespondenten Reinhard Voss

Frankfurter Rundschau
21.9.82

Aktion in Wattenscheid soll eine Woche dauern

Westfälische Rundschau 20.9.82

Demonstration gegen „Ausländerstopp“ - NPD-Zentrale belagert

Von Norbert Bicher

Wattenscheid. Gestern, fünf vor zwölf: Gut 100 Leute, Türken, Perser, Deutsche skandieren „Nazis raus“. Die so Angesprochenen liegen auf der gegenüberliegenden Straßenseite in den Fenstern des Hauses Günnigfeldstraße 101 a. Es ist die Geschäftsstelle der nordrhein-westfälischen NPD. Zu dem, was die Demonstranten auf der anderen Seite vorhaben, eine einwöchige Belagerung der Zentrale der NPD und der von dort ausgehenden „Bürgerinitiative Ausländerstopp“, geben die Insassen des Hauses keinen Kommentar. „Vielleicht Dienstag oder Mittwoch“, läßt Klaus Schultz, Vorsitzender der Initiative, Journalisten wissen. Wie's sich gehört, nicht persönlich, sondern über Walkie-Talkie.

Er selbst liegt im Fenster des etwas angegammelten Hauses und hört zu, was seiner Initiative vorgeworfen wird. „Ausländerhaß“, „Rassismus“ und „Volksverhetzung“. Eine Woche lang werden die „Belagerer“, fast durchweg Gewerkschafter, ihre Meinung über die „rechten Ansichten“, die aus diesem Hause gesteuert werden, der Bevölkerung mitteilen. Zum Auftakt gibt es Sympathie-Beweise von höchsten Stellen. Aus den Bürgermeisterämtern der Revierstädte werden Briefe vorgelesen. Man finde diese Aktion zugunsten der ausländischen Mitbürger enorm wichtig. Wenn er es zeitlich schaffe, werde er auf ein oder zwei Stunden vorbeikommen, ließ Wittens Bürgermeister Klaus Lohmann die Demonstranten wissen. NRW-Innenminister Herbert Schnoor läßt Grüße ausrichten und wünscht eine „erfolgreiche Arbeit, die letztlich als Beitrag zur Wahrung des sozialen Friedens in unserer Gesellschaft gesehen werden“ könnte.

Scheinbar gelassen hören Schultz und seine Leute zu. Sie scheinen zunächst mal die Publizität zu genießen. Als sich Fernsehkameramänner und Fotografen an ihre Arbeit ma-

chen, kontern sie den Transparenten der Demonstranten - „Keine Freiheit für die Volksverhetzer“ - mit NPD-Plakaten.

„Ich schieße nur auf Türken.“ Diese Worte des Nürnberger Neonazis Oxner, der vor wenigen Monaten vier Ausländer erschößt, nimmt ein Redner zum Anlaß, um der „Ausländer-Stopp-Initiative“ vorzuhalten, daß sie „die geistigen Mörder“ seien. Aus den Fenstern des Hauses wird erwidert: „Haltet die Klappe. Es ist zwanzig nach zwölf, eure Zeit ist um.“

Inzwischen sind vor dem Haus Günnigfeldstraße 101 a Schultzes Mannen aufgezogen. Einer filmt mit Video-Kamera die Demonstranten, einer zieht mit Funkgerät hin und her. Mal patrouilliert einer mit einem Schäferhund, mal ein anderer mit einem Rottweiler. Was der NPD-Mann von denen auf der anderen Straße, den Türken, Persern und Deutschen hält, sagt er frei heraus: „Das ist Hundefutter.“ Wenn die Polizei nicht da wäre, versichert er, wären die erst gar nicht groß zu Wort gekommen.

Die Stimmung ist aggressiver geworden. Aber tatsächlich scheint die Polizei Garant dafür zu sein, daß es zwischen de-



Seit gestern belagert: die NPD-Geschäftsstelle in Wattenscheid. (WR-Bild: Goeke)

nen hüben und drüben auf der Günnigfeldstraße zu keinen Handgreiflichkeiten kommt. Ob das die ganze Woche so sein wird, ob die Belagerung am Freitag mit einem „Freundschaftsfest gegen Völkerhaß“ wirklich friedlich zu Ende geht? Ein Polizeibeamter hat leise Zweifel: „Wir sind gespannt, was sich nachts hier abspielt.“

WATTENSCHIED, 20. September. Weil sie „endlich mal was machen und nicht immer nur Reden hören wollten“, belagern über 100 Gewerkschafter aus dem Ruhrgebiet seit dem Wochenende die Zentrale der nordrhein-westfälischen NPD in Wattenscheid, in der auch die sogenannte „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ ihr Büro unterhält. Die bisher gewaltfreie Aktion wurde vom sozialdemokratischen Innenminister Herbert Schnoor und mehreren SPD-Oberbürgermeistern des Reviers ausdrücklich begrüßt. Schnoor wertete die Belagerung in einem Schreiben an die Gewerkschafter als einen „Beitrag zur Wahrung des sozialen Friedens in unserer Gesellschaft“. Gelsenkirchens Oberbürgermeister Werner Kuhlmann wünschte „Guten Erfolg“, und sein Amtskollege Ernst Kätzor aus Essen „begrüßte außerordentlich“, daß sich die Gewerkschafter „so aktiv für die Integration unserer Ausländer einsetzen“.

Die Mitarbeiter der NPD-Zentrale und des Büros der von ihr gesteuerten „Initiative Ausländerstopp“ können das Gebäude trotz der Belagerung unbehindert betreten und verlassen. Es gehe den Belagerern nicht um die paar Leute, die da arbeiten, sagte Agnes Arnold, eine der Initiatorinnen der Aktion, am Montag gegenüber der FR. Man habe dieses Haus für die Aktion ausgewählt, weil es symbolisch stehe für „die Gedanken des Rassismus und der Ausländerhetze“, die von der NPD und der „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ ausgestreut würden.

Die Demonstranten verweisen vor dem Haus auf den rechtsradikalen Oxner, der vor einigen Wochen in Nürnberg mit dem Ruf: „Ich schieße nur auf Türken“ - drei Menschen erschossen habe. Die Belagerer in einem vor der NPD-Zentrale verteilten Flugblatt: „Wir müssen fragen: Wie weit sind wir gekommen, daß eine solche Hetze bei uns möglich ist? Wir meinen: Hier muß eine klare Grenze gezogen werden.“

Mit Hausbesuchen in der Umgebung der NPD-Zentrale, mit Flugblättern und Transparenten werben die Gewerkschafter seit Anfang der Woche bei der Bevölkerung um Verständnis für ihre Aktion, die beim zuständigen Ordnungsamt in Bochum ganz offiziell angemeldet worden war. Die Belagerten ihrerseits versuchen mit lauter Musik aus den Fenstern ihrer Büros die Aufrufe der Belagerer für ein starkes Engagement der Bürger gegen die Ausländerfeindlichkeit zu übertönen. Die Belagerung soll am Freitag mit einem „Freundschaftsfest gegen Völkerhaß“ vor der NPD-Zentrale enden.

aus unserem gästebuch

(aus drucktechnischen Gründen leider von uns abgeschrieben)

RÜDIGER, arbeite auf dem Pütt mit Ausländern, sind meine Kollegen, habe selbst als "Gastarbeiter" in der Türkei auf der Zeche gearbeitet + bin stets als "gast" behandelt worden

Es freut mich ungeheuerlich, das so ein Treffen in dieser politisch schlechten werdenden Zeit stattfindet. Die Solidarität zu spüren, zu merken, daß der Kampf um ein besseres Dasein gemeinsam mit vielen geführt werden kann, ist geradezu ermutigend. Ich kann nicht viel türkisch, aber: dost arkadas - Fremdsprache wünsche ich uns mit allen Völkern und ein gegenseitiges Akzeptieren. R.

Für eine solche Aktion war es höchste Zeit
Matthias (Zivildienstl.)

Nicht alle Kämpfer werden siegen,
aber wer gar nicht kämpft, wird nie siegen

Motoradclub - Auf daß wir siegen ✓

Aktiv für Freiheit und Demokratie eintreten,
heißt gegen Faschismus und Ausländerfeindlichkeit kämpfen. Eure Aktion ist ein Lichtsignal in der Republik. H. H., M. L., T. H.

Nachwort

LIEBER LESER,

eine im Grunde einfache Sache kann viel Unterstützung, viel Schulterklopfen und viel Zustimmung finden, wenn der Wunsch zu Handeln auf einen Vorschlag trifft, bei dessen Umsetzung eigentlich jeder Demokrat Partei ergreifen kann.

Als die Idee zu dieser Aktion entstand, war klar:

1. Die Aufrufer müssen einzelne Personen besonders aus den Gewerkschaften sein, um von vorneherein die Hürde zu umgehen, daß Organisationen (ob mit oder ohne Recht) davon ausgehen, nicht mit anderen Organisationen zusammenarbeiten zu können. (Wir finden das zwar in vielen Fällen bedauerlich, aber da es weit Bedauerlicheres gibt, wählten die Initiatoren diesen Weg.)
2. Immer nur auf die Volksverhetzer zu reagieren, wie z.B. bei NPD-Parteitagen, damit wollten wir uns nicht zufrieden geben, sondern von uns aus Ort und Zeit bestimmen.
3. In unserem Land stößt man immer auf eine Reihe von Standardargumenten wie: "Du bringst keine zwei unter einen Hut...." oder "Erst mal abwarten..." usw. Es muß eine Form gefunden werden, die es den Demokraten ermöglicht zu handeln, ohne daß ein sofortiges Aufspringen erforderlich ist. Einen recht weiten Hut also einerseits, und die Möglichkeit, diesen Hut zu umkreisen, zu begutachten, andererseits.

Das sind die "Schlüssel zum Erfolg" unserer Aktion. Und sind es auch wieder nicht, denn wären zu diesen Zutaten, zu diesen Äußerlichkeiten nicht die Menschen des Ruhrgebiets dazugestoßen, hätten sie nicht jeden Tag ein Stück mehr Partei für sich selbst ergriffen, so wären wir nicht über Mahnung und Protest hinausgekommen.

Dies ist kein Ersatz für eine gründliche Auswertung der Aktion. Diese Schlußbemerkung soll vielmehr verdeutlichen, was von der "Belagerung" übertragbar ist, ohne zum Patentkochlöffel für alle Suppen zu werden.

Es gibt noch zwei unverzichtbare Bedingungen:

Eine klare Vorstellung, wo es hingehen soll, statt der Einstellung, Hauptsache bewegt sich irgendwas.

Und eine Menge Arbeit, Sturheit, Fleiß, sich den Mund fuselig reden, sich nicht abweisen lassen gehört dazu. Soviel Arbeit nämlich, daß die Beteiligten heute sagen, so eine Anstrengung möcht' ich wieder auf mich nehmen.

Mit solidarischen Grüßen

Die Belagerer



Geheime Schriften überföh

Nationalzeitung

Wie Ausländer das Asylo
mißbrauchen

Der Terror in Frank
Kapituliert der Stai

römische Verbrechen an Briten
Was unserem Volk verschwiegen wird

National-Zeitung

Wann haben die Ausländer
die Mehrheit in Deutschland?

Die Lage in den deutschen Städten

ieder
sident?

F.J. Strauß zu den Volksverhetzern:

"Man muß sich der nationalen Kräfte bedienen, auch wenn sie noch so reaktionär sind... Mit Hilfstruppen darf man nicht zimmerlich sein."

F.J. Strauß zu den Demokraten:

"Und wenn wir hinkommen und räumen so auf, daß bis zum Rest dieses Jahrhunderts von diesen Banditen keiner es mehr wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen."

JUDEN
RAUS



AUSCHWITZ

MAJ DAN

BUCHENWALD

AUSLÄNDER
RAUS



Millionen Ausländer den
die Arbeitsplätze weg?

Vetters Nazi-Vergangenheit
Was DGB-Chef verheimlicht



Für
Wehrheit und Recht
für alle Deutschen
Deutscher Anzeig

- Todesstrafe für Kollaborateure
- Millionen Arbeitsplätze für alle
- Wie ermordete Begleit-Familien

die Nath
sagt

Die Fortsetzung